

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP- Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

13.11.2018

In den

- Sozialausschuss

Haushaltsplan 2019/2020 - Ergebnishaushalt

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur DS 1297/2018

Teilhaushalt: 50 - Soziales

Produkt: 35101 Sonstige soz. Angelegenh.

Pos. 25 / Johann Jobst Wagensche Stiftung, Alltagsunterstützende Sozialarbeit

Antrag zu beschließen:

Der Aufwand in Höhe von	40.000	Euro
wird für 2019 um	10.000	Euro
auf	50.000	Euro
und für 2020 um	5.000	Euro
auf	45.000	Euro erhöht.

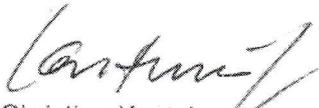
Begründung:

Diese Mittel werden in der Johann Jobst Wagensche Stiftung aufgewandt für alltagsunterstützende, aufsuchende Sozialarbeit, die sich an die BewohnerInnen des Objekts der Johann Jobst Wagenschen Stiftung wendet. Dabei handelt es sich überwiegend um Menschen mit multiplen Alltagsbelastungen in Armut und prekärer sozialer Situation.

Die durch Sozialarbeit abzudeckenden Bedarfe der BewohnerInnen sind dabei erheblich höher als ursprünglich angenommen. Dies ist auch durch die Veränderungen der MieterInnenstruktur infolge Übernahme von Personen aus städtischer Obhut begründet. Gleichzeitig leben aber ohnehin in den Wohnungen der sog. Armenstiftung ca. 80 Personen in sehr belasteten Lebenslagen, die von Armut, Krankheit, Schulden u.a. betroffen sind. Insbesondere ist eine begleitende Hinführung zu den üblichen sozialen Bezügen des Alltags notwendig hinsichtlich

- Verbesserung der Sozialstruktur
- Gefahrenabwehr bei drohendem Wohnungsverlust sowie
- Vermeidung von Wohnungslosigkeit und
- Abbau bzw. Verhinderung von Verwahrlosung

Die aufsuchende Sozialarbeit dient dazu, schnell und niedrighschwellig kleinere Problemsituationen zu lösen und zum anderen Brücken zu den weiteren Hilfesystemen (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Pflege etc.) zu schlagen. Sie trägt außerdem dazu bei, weitere Wohnungslosigkeit der BewohnerInnen durch frühzeitiges Eingreifen zu vermeiden und natürlich im besten Fall die Betroffenen in die Lage versetzen, in eine reguläre Wohnung ziehen zu können.


Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende


Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende


Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender